

Die EU – Vom Exekutivföderalismus und kollektivem Egoismus hin zu handlungsfähigem

Integrationismus – Moritz Kirchner

Die gegenwärtige EU ist ein krisenhaftes Gebilde in einer multiplen Krisenkonstellation. Sowohl ökonomisch, als auch politisch, vor allem aber identitär ist derzeit leider eher von einer Regression denn von einem Fortschritt des Projektes Europa auszugehen. Die perennierende Euro-Krise vertieft die ökonomischen Divergenzen innerhalb Europas, und politisch haben anti-europäische Kräfte wie der Front National immer mehr Aufwind. Selbst beim Neo-Hegemon und europäischen Krisengewinner Deutschland schaffte es eine europaskeptische Partei fast in den Bundestag. Doch: Wo Gefahr ist, wächst das Rettende hoffentlich auch. Doch dabei rettet uns kein höheres Wesen, sondern nur ein politischer Paradigmenwechsel innerhalb Europas.

Die EU war ursprünglich technokratisch konzipiert, und sie konnte auf Output-Legitimation bauen. Diese erodiert jedoch in der Krise. Damit ist auch das in der Krise, was mit Habermas als Exekutivföderalismus bezeichnet werden kann, und wesentlich die Metapher vom Raumschiff Europa befördert hat. Eine andere Blockade Europas ist jedoch der nationale Egoismus, welcher die Akteure regelmäßig kollektiv erfasst. Besonders Manifest wurde dies beim Mehrjährigen Finanzrahmen, aber auch, wenn es um Klimaschutzverordnungen gibt, welche deutsche Interessen tangieren, oder der überfälligen Bankenregulation, welche Londoner bzw. britische Interessen berühren.

Ein wesentliches Problem der EU ist ein kognitives. Ein supranationales Gebilde, aber auch ein Projekt, welches die Transzendenz der Nationalität intendiert, wird rein kognitiv immer noch national betrachtet. Europäische Listen für Europawahlen können hier ein erster Anfang sein. Diese Abgeordneten wären dann auch nur noch auf politische Richtungen, aber nicht mehr in dem Maße auf nationale Interessen verpflichtet. Ebenso bedarf es genuin europäischer Medien. "The European" reicht hier nicht aus, denn die immer wieder als fehlend beklagte europäische Zivilgesellschaft bedarf natürlich auch eines Verständigungs- und Austauschmediums, um diskursiv entstehen zu können. Politisch setzt sich der kognitive Nationalismus fort, so in der Vertretung aller nationalen Regierungen im Europäischen Rat und Ministerrat. Jedoch gibt es deutlich mehr Stakeholder der EU-Politik als nationale Regierungen, wie zum Beispiel europäische Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, aber auch Wirtschaftsverbände. Diese könnten mindestens im Ministerrat immer mit vertreten sein, wenn EU-Politiken sie thematisch tangieren.

Die Europäische Bürgerinitiative ist ein erstes wichtiges Instrument zur Überwindung des chronischen Demokratiedefizits der EU. Jedoch muss es hier die Möglichkeit geben, auf die Verteilung politischer Kompetenzen zu entscheiden. Ebenso muss es zwingend bei erfolgreichen Bürgerinitiativen politisch

bindende europaweite Volksabstimmungen geben. Der Ruf zur Urne kann ein Schritt sein den europäischen Demos zu konstituieren.

Das wichtigste ist jedoch eine demokratisch legitimierte Finalität der Europäischen Union. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten darüber abstimmen können, ob die EU ein Staatenverbund bleiben soll, ob es ein loses föderales Gebilde oder ein zunehmend vereinigtes, Nationalstaaten transzendierendes Gebilde sein soll.

Das wichtigste jedoch ist eine Neuauflage für eine Europäische Verfassung. Diese wiederum sollte in einem partizipativen Europäischen Konvent gemeinsam von Politiker/innen, Intellektuellen, Aktiven der Zivilgesellschaft und allen weiteren Interessierten gemeinsam erarbeitet werden, und dann nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit dem gesamten europäischen Demos statt einem nationalstaatlich fragmentierten zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Debatte um Europa kann es revitalisieren.